Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

urn:nbn:de:gbv:45:1-74268

Visual Library

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.
Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 276. **Westerstede,** Mittwoch den 26. November 1919. 59. Jahrgang

Auflösung?

Herr Hörsing, der Reichs- und Staatskommissar für Oberschlesien, hat nach einer Sitzung im Ministerium des Innern, an der neben allen zuständigen preußischen Stellen auch das Auswärtige Amt und andere Reichsbehörden beteiligt waren, sein Abschiedsgesuch angekündigt. Er will seine Dienstentlassung beantragen, weil die Zentralstellen den Belagerungszustand für Oberschlesien noch nicht aus der Hand geben wollen, während der Staatskommissar ihn, entsprechend der einstimmig ausgesprochenen Anschauung einer von ihm am 14. November abgehaltenen Konferenz der örtlichen Parteiführer, als überflüssig bezeichnete. Die Regierung glaubte, daß die überaus milde Handhabung des Belagerungszustandes niemand, besonders keinen ruhebliebenden Menschen zu stören brauche, daß aber die politische Lage seine Aufhebung verbiete. Woraus Herr Hörsing dann in der Tat seine Konsequenzen zu ziehen hat.

Auffällig bleibt jedoch, daß er die Erklärung, mit der er seinen bevorstehenden Rücktritt begründete, dahin formulierte, es komme nunmehr für ihn und seine Partei in Frage, ob der Belagerungszustand weiter mit seinem Namen gedeckt werden könne. Seine Freunde und er glaubten dies verneinen und die weitere Verantwortung denen überlassen zu müssen, die mit seinen Maßnahmen nicht einverstanden seien. Das klingt fast so, als wollte nicht nur die er sozialdemokratische Staatskommissar, sondern auch die sozialdemokratische Partei sich von der verantwortlichen Geschäftsführung in Oberschlesien zurückziehen, und es fragt sich, ob die Krisis oder der Konflikt, wie man es nennen will, auf dieses eine Teilgebiet des preußischen Staates beschränkt bleiben kann. Für Oberschlesien liegen allerdings besondere Gründe für eine Neuorientierung der Parteien vor. Die Gemeindewahlen vom 9. November haben gerade den Mehrheitssozialisten sehr empfindliche Niederlagen gebracht; das Vertrauen des größeren Teils der Bevölkerung können sie unzweifelhaft nicht mehr für sich in Anspruch nehmen, und die Polen, mit denen sie früher immer ein Herz und eine Seele waren, wollen, seitdem im Osten das neue politische Reich erstanden ist, schon gar nichts mehr von ihnen wissen. Aber eine Neugruppierung in Schlesien könnte auch für die Gesamtlage in Preußen nicht wohl ohne Rückwirkung bleiben; zumal in der Landesversammlung schon seit Wochen allerlei Liebensmürdigkeiten zwischen den sozialistischen und den bürgerlichen Bestandteilen der Regierungsmehrheit im Gange sind. Nebenher laufen die heißen Bemühungen um Wiederherstellung der brüderlichen Einigkeit zwischen den beiden sozialistischen Gruppen, die, wenn sie gelängen, den Demokraten und Zentrumsleuten das Abschiednehmen von den Ministersesseln wesentlich erleichtern würde. Eine Trennung in Preußen müßte aber auch — anders als im Sommer — im Reiche die Auflösung der Koalitionsregierung zur unmittelbaren Folge haben, da jetzt nicht wie damals eine Einzelfrage sich zwischen die Mehrheitsparteien stellte, sondern die ganze Grundlage ihres Zusammenschlusses bedroht wäre. Wenigstens muß man bis auf weiteres annehmen, daß Zentrum und demokratische Volkspartei mit den Unabhängigen keine Möglichkeit einer gemeinsamen ersprießlichen Tätigkeit finden könnten — und umge ehrt.

Aber so weit sind wir im Augenblick noch nicht. Kenner der oberschlesischen Verhältnisse werden vielleicht die hier eröffneten Perspektiven als hinfällig bezeichnen und hinter dem Rücktritt Hörsings mehr persönliche als politische Gründe zu suchen geneigt sein. Wenigstens konnte man dieser Tage in dortigen Blättern mancherlei Spottverse auf den hochmögenden Herrn Reichs- und Staatskommissar lesen, in denen gewisse Lokale, gewisse Lieder und gewisse nächtliche Vergnügungen eine ausgesprochen handgreifliche Rolle spielten. Der Abgang aus grundsätzlichen Erwägungen heraus macht sich in solchen Fällen immer ungleich besser. Aber die Frage des Belagerungszustandes ist doch nun einmal aufs Tapet gebracht, und wenn Herr Hörsing damit im Recht ist, daß mit ihm auch seine Partei die weitere Verlängerung dieser außerordentlichen gesetzlichen Vollmachten ablehnt, dann gewinnt dieser Personenwechsel unfehlbar ein ernstes Gesicht. Die Verkleisterungskünstler werden ihre ganze Gewandtheit aufbieten müssen, wenn dieser „Fall" auf seinen Ausgangsherd beschränkt bleiben soll.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ **Der Reichskohlenrat** hat in Berlin seine erste Sitzung abgehalten, in der Bergwerksbesitzer Hugo Stinnes lebhafte Angriffe gegen das Reichswirtschaftsministerium richtete wegen der Einschränkung des Hüttenselbstverbrauches. Er machte der Regierung den Vorwurf, daß sie ohne Berücksichtigung der Folgen für die deutsche Volkswirtschaft die Kohlenlieferungen an die Entente schon begonnen habe, ehe sie nach dem Friedensvertrag dazu verpflichtet war. Sowohl seitens des Reichskohlenkommissars wie seitens der Regierungsvertreter wie auch seitens der Arbeitervertreter wurden die Vorwürfe zurückgewiesen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums legte dar, daß zwingende Gründe zur Einschränkung des Kohlenverbrauches vorgelegen haben, und daß man unter allen Umständen einem Zusammenbruch des Eisenbahnverkehrs habe vorbeugen müssen. Nach einer weiteren lebhaften Aussprache über die Frage, ob Kohlen in größerem Umfange verschoben werden, wurde von beiden Seiten, sowohl der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer der Wunsch laut, daß man ohne Mißtrauen gemeinsam an der Abstellung der noch im Bergbau herrschenden Mißstände arbeiten möge.

✚ **Disziplinarverfahren gegen einen Landrat.** Nachdem vor einiger Zeit die Ausweisung des Landrats Dr. Klauer in Höchst am Main durch die französische Besatzungsbehörde erfolgt ist, hat diese Behörde den Kreisschulinspektor Hindrichs in Höchst die Verwaltung des Landratsamtes übertragen, obschon die zuständige deutsche Verwaltungsbehörde hiergegen bei dem französischen Befehlshaber Einspruch erhoben hat und die Staatsregierung Hindrichs in seinem Amt nicht anerkennt. Da Hindrichs das Amt ohne Genehmigung der ihm vorgesetzten Behörde angetreten hat, im übrigen auch gegen ihn der Vorwurf erhoben wird, staatsfeindliche Bestrebungen durch seine politische Tätigkeit zu unterstützen, ist gegen ihn das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Dienstentlassung eingeleitet worden.

Frankreich.

× **Die noch nicht erfüllten Waffenstillstandsbedingungen.** Zwischen den deutschen Delegierten Freiherrn v. Lersner und Ministerialdirektor v. Simson und dem französischen Generalsekretär der Friedenskonferenz Dutasta und dem Leiter der politischen Angelegenheiten Berthelot hat im Ministerium des Auswärtigen ein erster Meinungsaustausch über das Protokoll stattgefunden, das die Durchführung derjenigen Waffenstillstandsbedingungen betrifft, die am Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrages noch nicht erfüllt worden sind. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen in einigen Tagen.

Großbritannien.

× **Ratifizierung auch ohne Amerika.** Im Unterhause sagte Bonar Law in Beantwortung einer Frage, welchen Einfluß die Haltung des amerikanischen Senats im allgemeinen habe: Wenn die amerikanische Mission in Paris nicht gleichzeitig mit den anderen Mächten den Ratifizierungsbeschluß fasse, werden die anderen alliierten und assoziierten Regierungen darin keineswegs ein Hindernis zur Ratifizierung erblicken.

× **Ägypten in Aufruhr.** In Alexandrien kam es erneut zu Unruhen, bei denen es verschiedene Tote und Verwundete gab. Der Gouverneur ist zurückgetreten. Mahmud Soliman Pascha und Ibrahim Said Pascha, der Präsident und Vizepräsident des Komitees der ägyptischen Delegation, sind auf Befehl der britischen Militärbehörde festgenommen worden.

Aus In- und Ausland.

Paris. Der Bund der Gewerkschaften der Seine beschloß, am 7. Dezember in jeder Gewerkschaft Versammlungen zugunsten der russischen Sowjetrepublik zu organisieren.

Bern. Der Nationalrat und der Ständerat haben die Vorlage über den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund definitiv angenommen.

London. Die bolschewistische Regierung soll bereit sein, ihre Flotte im Finnischen Meerbusen als Friedensgarantie auszuliefern.

London. Nach einer Washingtoner Meldung beriet Präsident Wilson mit dem Finanzausschuß und dem Handelsdepartement über die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung des internationalen Geldverkehrs und der ausländischen Kredite.

Deutsche Nationalversammlung.

(116. Sitzung.) *CB.* **Berlin,** 22. November.

Heute haben die großen Steuerdebatten begonnen, die, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, das Haus bis Mitte Dezember beschäftigen werden.

Bevor in die eigentliche Tagesordnung eingetreten wurde, wählte man an Stelle des Abg. Bolz (Zentr.) den Abg. Nacken (Zentr.) zum Schriftführer. Alsdann begann die zweite Lesung des

Entwurfs einer Reichsabgabeordnung.

Der Entwurf umfaßt nicht weniger als 450 Paragraphen. Zu der einleitenden Vorschriften § 1—7 fand eine allgemeine Aussprache statt. In den § 1—4 wird der Begriff der Steuern erläutert. Nach § 5 kann durch Mißbrauch von Formen und Gestaltungsmöglichkeiten des bürgerlichen Rechtes die Steuerpflicht nicht umgangen oder gemindert werden. Nach § 6 aber hat die Entscheidung, soweit die Behörden sie nach ihrem Ermessen zu treffen haben, nach Recht und Billigkeit zu erfolgen. Nach § 7 kann die Reichsregierung mit Zustimmung des Reichsrates Vorschriften über die Gewährung von Reichsmitteln an ausländische Steuerbehörden erlassen und zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung die Steuerpflicht abweichend von dem Steuergesetz regeln.

Nachdem der Abg. Schneider-Franken (Zentr.) über die Arbeiten des Ausschusses berichtet hatte, sprachen die Abgg. Pohlmann (Dem.), Barlage (Zentr.) und Simon-Schwaben (Soz.). Alle drei Redner stimmten im wesentlichen der Vorlage zu, wobei sie auf ihre große Bedeutung hinwiesen. Die Reichseinheit werde durch die Abgabeordnung stark gefördert, ferner werde die Moral der Steuerzahler gehoben werden. Allerdings seien dazu nicht nur strenge Strafen, sondern auch eine gerechte Veranlagung erforderlich.

Der nächste Redner war der Abg. Züringer (Deutschnat. Vp.). Er machte geltend, daß die Reichsabgabeordnung weit über die Bestimmungen der Verfassung hinausgehe, und daß die Vorlage schon im Reichsrat Widerstand gefunden habe. Weiter sprach der Redner dem Reichsfinanzminister rundum das Mißtrauen seiner Parteigenossen aus. Der Reichsfinanzminister hat keine glückliche Hand. Er genießt kein Vertrauen, weil er sich nicht auf Erfolge berufen kann. Beranlaßt durch diese Ausführungen nahm der

Reichsfinanzminister Erzberger

das Wort. Vor allem, erklärte er, die Rede des deutschnationalen Abgeordneten habe ihn nicht überrascht. Wenn ein Redner der deutschnationalen Partei das Wort ergreife, so bringe er ihm, dem Reichsfinanzminister, stets ein Mißtrauensvotum entgegen. (Lachen rechts.) Wenn die Rechte den Finanzminister stellen würde, dann würden ihm weitere Kreise des deutschen Volkes ebenfalls ein abgrundtiefes Mißtrauen entgegenbringen. (Beifall bei der Mehrheit. Zurufe rechts: Abwarten!) Es ist selbstverständlich, erklärte der Reichsfinanzminister weiter, daß die Opposition gegenüber der Regierung mißtrauisch ist. (Zurufe rechts: „Nicht gegen alle Minister!") Wenn Sie mich etwas mehr beehren, so gereicht es mir zur besonderen Freude. Glauben Sie nicht, daß ich mir wegen Ihrer Angriffe ein graues Haar wachsen lasse. Da kennen Sie mich doch wirklich schon genug. (Lachen rechts.) Der Vorredner sagte, ich hätte keine glückliche Hand; er vermißte Taten. Wenn ich die Deutschnationale Volkspartei, die Deutschland ruiniert hat, in die Opposition getrieben habe, so ist das schon eine Tat. (Beifall bei der Mehrheit. Lachen rechts.) Dazu kommt, daß ich dem wahnsinnigen Treiben entgegengetreten bin, das den Frieden verhindern und den Krieg verewigen wollte. (Beifall bei der Mehrheit. Lachen rechts.) Ich brauche die Verantwortung vor der Geschichte nicht zu fürchten. (Abg. v. Graefe: „Na, na!") Der Reichsfinanzminister führte weiter aus, daß unter seiner Leitung das Reichsfinanzministerium ersprießliche Arbeit geleistet habe. Ferner bestritt er, daß die Reichsabgabeordnung im Widerspruch mit der Verfassung stehe. Daß dies nicht der Fall sei, sei in Weimar ausdrücklich festgestellt worden.

Das Ende im Baltikum.

Der Königsberger Korrespondent der Berliner Börsenzeitung übermittelt dem Blatte folgende Mitteilungen über den völligen Zusammenbruch der deutschen Truppen im Baltikum.

Die Katastrophe ist da! Seit sechs Tagen rollen die Lazarettzüge der Heimat zu. In Königsberg allein sind etwa 600 Verwundete und Kranke eingetroffen. Bitter sind ihre Klagen. Viele von ihnen wissen von einem Rückzugsbefehl der deutschen Regierung nur vom Hörensagen. In geradezu verbrecherischer Weise haben die höheren Kommandostellen die ihnen unterstellten Mannschaften im unklaren gehalten. Bis zum letzten Moment hat man den Soldaten erklärt, die Rückzugsbefehle der deutschen Regierung seien

nur Scheinmanöver der Entente gegenüber.

In Wirklichkeit wünsche die Regierung das Fortbestehen des Baltikumunternehmens. Selbst in der verflossenen Woche noch hatte ich Gelegenheit zu beobachten, daß trotz aller Regierungsbefehle Werber immer noch ihre Opfer über die Grenze schoben. Nun ist der Zusammenbruch da. Der Niedergang begann mit der Zufuhrsperre. Der Geldmangel der Awaloffschen Regierung trug nicht wenig zum Niederbruch bei. In den letzten Wochen versuchte man auf jede nur mögliche Art Geld heranzuschaffen. Im Litauischen Staate, den Awaloff doch ausdrücklich anerkannt hatte, erhob man Abgaben, die sehr an Erpressung grenzten. Wurden z. B. von der litauischen Regierung pro Zentner Leinsaat 20 Mark Ausfuhrzoll erhoben, so schlugen die Awaloffschen „Geldmacher" noch 100 Mark pro Zentner drauf. Die Folge dieser rigorosen Maßnahme war, daß die gesamte Ausfuhr nach Deutschland, die in Leinsaat, Fellen, Flachs und Kleesaat bestand, ins Stocken geriet und schließlich ganz aufhörte. Da griff Awaloff zu einem verzweifelten Mittel, er gab am 10. Oktober d. Js. für 10 000 000 Mark Geldscheine heraus. Als „Sicherheit" für diese Gewaltanleihe wurde das aus Deutschland verschobene, im Besitz der Awaloffschen Armee befindliche Heeresgut angegeben. Die Soldaten wurden damit entlöhnt. Niemand wollte von den Scheinen etwas wissen. Die Geschäfte schlossen ihre Läden, da sie ihre Ware nicht gegen wertlose Papierfetzen los werden wollten. Die Bauern erschienen nicht mehr auf dem Markt, die Lebensmittelzufuhr vom Lande stockte vollständig.

Bunte Tages-Chronik.

Berlin. Der durch sein Auftreten auf vielen Varietébühnen bekannte Entfesselungskünstler Jacques Schmid wurde als Einbrecher und Mitschuldiger bei einer Kirchenberaubung in Nowawes entlarvt und festgenommen.

Hamburg. Da die Kohlenzufuhren für Altona bis jetzt ausgeblieben sind, so mußte die Gaslieferung eingestellt werden, so daß die Stadt Altona im Dunkeln blieb.

Köln. Auf Befehl der Alliierten bleibt die Einschränkung des Bahnverkehrs im besetzten Gebiet auch nach dem 21. November vorläufig bestehen.

Stargard. Aus Storkow wird gemeldet, daß sich in früher Morgenstunde zwei Wölfe in der Nähe des Gutshofes gezeigt haben.

Liebenwalde (Mark). Auf dem Hofe ihres Schwiegersohnes wurde die Rentiersfrau Bergemann ermordet aufgefunden. Der Tat verdächtig sind zwei als Arbeiter beschäftigte und entwichene Leute.

Genf. Genfer Blätter berichten, in Paris sei die Grippe unter sehr schweren Erscheinungsformen erneut ausgebrochen.

Landesbibliothek Oldenburg

Aus der Heimat — für die Heimat.

Westerstede, den 25. November 1919.

—z Die milde, feuchte Witterung, die der bereits in der vorigen Woche eingetretene völlige Wetterumschwung brachte, wird allem Anscheine nach noch längere Zeit anhalten. Es werden in den nächsten Wochen bei starker Bewölkung meist südliche und südwestliche Winde vorherrschen. Für die noch nicht beendigten Erntearbeiten, sowie für die Herbstbestellung des Ackerlandes, die Aussaat des Winterroggens usw. wäre eine Reihe wärmerer Tage sehr erwünscht.

—‡ Die selbständigen Schlachtermeister des hiesigen Amtsbezirks beabsichtigen, eine Zwangsinnung zu errichten.

*

—(a) Die auf vorgestern (Sonntag) zum Henken'schen Saale einberufene Versammlung des Gemeindebundes Westerstede erfreute sich eines recht zahlreichen Besuches. Der Vorsitzende des Gemeindebundes, Herr Landwirt Hans Henken-Halsbek begrüßte in einer Ansprache die Erschienenen, und dann wurde zur Erledigung der Tagesordnung geschritten. Der erste Punkt der Tagesordnung, Bildung von Einigungsausschüssen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Landarbeiter und Dienstboten, wurde auf Antrag bis zum Schlusse der Versammlung zurückgestellt und zunächst zu Punkt 2.: Gründung von Dorfbünden geschritten. Dieser Punkt rief eine rege Aussprache hervor, und wurde insbesondere von dem 1. und 2. Vorsitzenden (Henken und Berding) hervorgehoben, daß mit allen Mitteln dahin gestrebt werden müsse, daß jeder Landbewohner Mitglied des Gemeindebundes sei. Nur bei starker Organisation und engem Zusammenschluß könne etwas erreicht werden. Die ländliche Bevölkerung mache in unserm Freistaat Oldenburg 60 Prozent der Gesamtbevölkerung aus, wenn aber trotzdem seitens der Regierung bisher die Wünsche des Landvolkes nicht zur Genüge berücksichtigt seien, so habe das seinen Grund darin, daß die Landbewohner nicht organisiert seien und so ihren Wünschen und Anträgen nicht den genügenden Nachdruck verleihen könnten. Sei das Landvolk dagegen in den Gemeindebünden und damit im Landbund organisiert, so müsse eine jede Regierung auf die Interessen der Landbevölkerung mehr eingehen, wenn sie eben nicht hinweggefegt werden wolle. Pflicht eines jeden Landbewohners sei es daher im ureigensten Interesse, den Gemeindebünden beizutreten. Herr Berding wies dann noch entschieden die hier und da in der Bevölkerung laut gewordenen Aeußerungen, der Landbund habe so noch nichts geleistet, zurück und zeigte an der Hand einiger Beispiele, welch ersprießliche Arbeit der Landbund im Interesse der Landwirtschaft bisher schon mit Erfolg geleistet hat. — Um nun auf den Dörfern die Zahl der bereits bestehenden Klubs und Vereine nicht noch weiter zu vermehren, wurde auf Antrag beschlossen, an die auf den Dörfern bestehenden landwirtschaftlichen Klubs mit der Bitte heranzutreten, im Rahmen des Klubs eine Untergruppe des Gemeindebundes zu bilden. Die landwirtschaftlichen Klubs würden dann fortan den Namen führen: Landwirtschaftl. Klub und Dorfbund .... Die Klubs hätten dann in ihren Versammlungen die jeweiligen den Dorfbund betreffenden Fragen mit zu erledigen und auf die Tagesordnung zu setzen. Zu diesen Versammlungen hätten natürlich auch diejenigen Mitglieder des Gemeindebundes, welche nicht Mitglied des landwirtschaftlichen Klubs seien, Zutritt. Außerdem sind seitens des Klubs Delegierte zum Gemeindebund zu wählen, welche insbesondere auch die Werbearbeit auf den Dörfern für den Gemeindebund zu leisten haben. Zur Deckung der entstehenden Mehrkosten würde den landw. Klubs ¼ der Beiträge des Gemeindebundes zugeführt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung betraf die Erhöhung der Beiträge. Es wurde beschlossen, ab 1. Januar eine Erhöhung der Jahresbeiträge eintreten zu lassen wie folgt: 1. Stufe (Arbeiter und Dienstboten) 4 Mark, 2. Stufe (Kleinbauern und Kolonisten bis einschl. 15 Hektar Kulturfläche) 6 Mark. Dann tritt eine Staffelung der Beiträge ein, und zwar müssen für jede weiteren 5 Hektar Kulturfläche 2 Mark Jahresbeitrag mehr gezahlt werden. Die Mitglieder mit einer Besitzung (Kulturland) über 50 Hektar zahlen als Höchstbeitrag jährlich 30 Mark. — Familienangehörige haben jährlich 2 Mark zu entrichten. — Es soll dafür der Versuch gemacht werden, jedem zum Gemeindebund gehörenden Haushalt ab 1. Januar die Wochenschrift: „Oldenburger Landbund" frei in's Haus zu schicken.

Nachdem unter „Verschiedenes" noch einige interne Angelegenheiten des Bundes Erledigung fanden, wurde zur Wahl des eingangs beregten Einigungsausschusses geschritten. Es wurden als Mitglieder desselben gewählt: a) seitens der Arbeitgeber: Landwirte Diedr. Gerdes-Garnholt, Dietr. Ulken-Westerstede und Gerh. Ehlers-Haarfurth. Als Ersatzmänner: Heinrich Ulken-Eggelage und Dietr. Dierks-Hüllstede; b) seitens der Arbeitnehmer die Landarbeiter: Johann Schroer-Linswege, Heinr. Stubben-Seggern und Heinr. Barkemeyer-Garnholt. Als Ersatzmänner: Heinr. Hoopmann-Halsbek, Joh. Gerdes-Gießelhorst und Dietr. Brandt-Fikensolterfeld. — Zum unparteiischen Vorsitzenden des Ausschusses wurde sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern Landmann Herm. Berding-Fikensolterfeld vorgeschlagen und einstimmig gewählt. — Das Aufgabengebiet des gewählten Einigungsausschusses erstreckt sich zunächst insbesondere auf: 1. Festsetzung von Löhnen der Arbeiter und Dienstboten für mittlere Leistungen und sonstige Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Gemeinde, 2. Schlichtung von Lohn- und Pachtstreitigkeiten, 3. Fürsorge für die soziale Lage der Arbeiter (Wohnungswesen, Unterkunft, geregelte Arbeitszeit usw.), 4. Beschaffung von Pachtland für Landarbeiter. — Solange dieser Einigungsausschuß noch nicht gesetzlich anerkannt ist, besteht seine Aufgabe darin, entstehende Streitigkeiten örtlich zu schlichten. — Diesbezügliche Anträge sind an den Vorsitzenden Berding zu richten. — Der Ausschuß wird in allernächster Zeit zusammentreten und Richtlinien für die in Zukunft zu zahlenden Löhne aufstellen.

*

—z **Gießelhorst.** Fünf junge Gänse sind dem Landwirt Potthoff hier gestohlen worden. In der vorletzten Nacht schlug der Hund an, da P. aber im Hause kein Geräusch vernahm, forschte er nicht weiter nach. So konnten die Diebe ungestört das Schloß bezw. den Riegel des Stalles mit einem Messer öffnen und sich dann mit dem kostbaren Gänsebraten versorgen. Eigentümlicherweise haben sie das alte Gänsepaar sowie die Hühner und Kaninchen ungeschoren gelassen. Die Blutspuren vor dem Gebäude lassen vermuten, daß die Langfinger ihre Beute gleich an Ort und Stelle abschlachteten.

*

—* **Bad Zwischenahn.** In der Zeit vom 30. Okt. bis 1. Nov., nachmittags etwa um 3 Uhr, ist dem Bankdirektor Murken in Oldenburg von seiner im Zwischenahner Meer liegenden Segeljacht das Segel gestohlen worden. Es handelt sich um ein dünnes, feines, weißes Leinensegel. Die Nähte sind mit gelbem Garn genäht und etwa 20 bis 25 Meter voneinander entfernt.

*

—□ **Apen.** Am Sonntag den 30. Nov. veranstaltet der Kriegsbeschädigten-Verein für unsere Gemeinde einen Unterhaltungsabend. Zu dieser Feier sind frühere Kriegsgefangene besonders herzlich eingeladen.

gmr. **Apen.** In der letzten Gemeinderatssitzung handelte es sich zunächst um die Gewährung von Ueberteuerungs-Zuschüssen. Der Gemeinderat wiederholte einen früher gefaßten Beschluß, die Zuschüsse nur unter der Bedingung zu gewähren, daß die den ursprünglichen Kostenanschlag übersteigenden Mehrkosten nicht der Gemeinde zur Last fallen dürfen. Die Gemeinde lehnt es also ab, für etwaige Mehrkosten des Baues aufzukommen. — Den Anträgen auf Uebernahme eines Schaugrabens am Godenholterweg und eines solchen zu Tange auf die Gemeinde soll erst dann stattgegeben werden, wenn durch Besichtigung die ordnungsmäßige Instandsetzung festgestellt worden ist. — Zum Moorvogt in Bokel wurde der Landwirt Tönjes Rüther daselbst gewählt. — Dem Gemeinderat wurde ein Schreiben des Oberschulkollegiums über die Versorgung der Schulen mit Feuerung und über das Einheizen zur Kenntnis gebracht, ebenso die Vorschläge des Schulvorstandes, für das Heizen der 1. Klasse jeder Schule 100 Mk. und jeder folgenden Klasse 50 Mk. in Rechnung zu stellen. Der Gemeinderat findet diese Kosten zu hoch und bleibt bei einem früheren Beschlusse, daß für das Einheizen der 1. Klasse 50 Mk. und der übrigen Klassen 30 Mk. gezahlt werden soll. Das Einheizen soll möglichst den Frauen übertragen werden, welche die Reinigung der Schulen übernommen haben. — Der Gemeindevorsteher wurde beauftragt, Eingaben wegen der Entwässerung der hiesigen Gegend an den Amtsvorstand, an die Regierung und an den Landtag zu richten. — Des weiteren wurde der Gemeinderat in Kenntnis gesetzt von dem Ergebnis der Prüfung der Kassen der Gemeinde. Am 15. November bestand ein Vorschuß von 24 351,88 Mark, der baldmöglichst zu verzinsen ist. — Der Hinweis, daß die Festlichkeiten und Tanzlustbarkeiten besonders in Augustfehn überhandnehmen und einen großen Teil des Arbeitsverdienstes verschlingen, veranlaßte den Gemeinderat zu dem Beschlusse, beim Amtshauptmann vorstellig zu werden, daß für die Zukunft die Tanzlustbarkeiten eingeschränkt werden möchten. — Als Miete für das Dienstzimmer, sowie als Entschädigung für Heizung, Beleuchtung und Reinigung desselben wurden dem Gemeindevorsteher 500 Mk. bewilligt, dem Gemeinderechnungsführer wurden aus demselben Grunde mit Einschluß der halben Pauschalsumme für das Telefon 550 Mk. gewährt. — Gemeinderatsmitglied Rakedi stellte den Antrag, daß sämtlichen Lehrlingen der Handwerker, der Kaufleute und der Fabriken in der ganzen Gemeinde die Pflicht auferlegt werde, am Unterricht der Fortbildungsschule teilzunehmen. Dieser Antrag, der einem Wunsche der Fortbildungsschulkommission entspricht, fand die Zustimmung der Gemeindevertretung. Die Genehmigung dieses Beschlusses durch das Ministerium soll eingeholt werden. — Endlich wurde den vollbeschäftigten Gemeindebeamten eine Beschaffungsbeihilfe in derselben Höhe gewährt, wie sie den staatlichen Beamten zuteil geworden ist.

= **Nordloh.** Diebstahl! In der Nacht vom 21. zum 22. November wurden dem Hauptlehrer Wilder in Nordloh zwei Bienenkörbe aus seinem Bienenstande gestohlen. Bei dem Schneidermeister J. H. Deepe daselbst wurde in derselben Nacht der beabsichtigte Diebstahl vereitelt, da die Bienenkörbe mit einer elektrischen Klingel verbunden sind, und bei dem Berühren der Körbe der Besitzer alarmiert wurde. Leider ist es hier nicht gelungen, des Gauners habhaft zu werden, da er frühzeitig die Flucht ergriff. Fußspuren haben ergeben, daß es sich um ein und denselben Dieb handelt.

*

—* **Edewecht.** In der Nacht vom 14./15. sind dem Landwirt Diedrich Harms zu Südedewecht aus seinem Hühnerstalle mittels Einbruchs 5—6 verschiedenfarbige Hühner, sowie von der Wäscheleine eine blauweiße Schürze und ein Mannskittel gestohlen worden. Die Hühner sind am Tatorte abgeschlachtet worden. In der Nähe der Lehne-Brücke sind Hühnerfedern gefunden worden, so daß anzunehmen ist, daß der Täter in der Richtung nach Süd-Edewechtermoor gegangen ist.

—(g) **Oldenburg,** 24. November. Hier sind Bestrebungen im Gange, die eine Eingemeindung der Vororte mit der Stadt zum Ziel haben. Schon in früherer Zeit wurden ähnliche Versuche wiederholt unternommen. Alle diese Versuche scheiterten aber, weil einmal die Vororte steuerlich zu stark belastet, wodurch die Stadt ganz erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden wäre, und ferner weil das Schulwesen in den beiden Gebietsteilen grundverschieden war. In den Vororten befanden sich nur Volksschulen, die Stadt dagegen verfügt über vorzügliche Schulen. Inzwischen aber haben sich die Verhältnisse völlig verändert. In den Gemeinden wird ein neues Besteuerungsrecht zur Einführung kommen, weil die Umlagen nach der Einkommensteuer wegfallen. Man rechnet mit einer erheblichen Belastung des Haus- und Grundbesitzes durch neue Steuern, (Fensterſteuer usw.) ferner mit der Erhöhung der Kinosteuer usw., um die Kosten der Verwaltung zu decken. Auch das Schulwesen wird geändert. Die Vor- und Mittelschulen verschwinden. Dafür kommt die Grundschule. Jetzt hält man den Zeitpunkt für geeignet, um die Eingemeindung durchzuführen. Sollte sie zur Durchführung kommen, wird Oldenburg eine Stadt mit 50 000 Einwohnern sein.

—* **Oldenburg.** Der Referendar Bierhorst ist zum Assessor ernannt worden. Der Bahnhofsvorsteher Harms 2 in Osnabrück-Eversburg ist zum 1. Januar 1920 unter Versetzung nach Station Bremen-Neustadt zum Beamten 1. Klasse des mittleren Stationsdienstes mit der Dienstbezeichnung „Oberbahnhofsvorsteher" befördert, der Zollaufseher Braue in Brake ist, seinem Ansuchen entsprechend, zum 1. April 1920 in den Ruhestand versetzt worden.

Was ?

bringt die

Deutsche Spar-Prämienanleihe

Jedes Jahr

Mk. 50.— Sparzinsen

für ein Stück von 1000 Mark.

Jedes Jahr

25000 Bonusgewinne von 1000 Mark bis 4000 Mark

Jedes Jahr

5000 Gewinne gleich 50000000 Mark.

Zeichnungen bei allen Bankgeschäften, Banken, Sparkassen u. Genossenschaften

Oldenburger Landbund.

In der heutigen Versammlung, worüber wir schon kurz berichteten, die von etwa 100 Landbundvertretern besucht war, und die der Vorsitzende des Oldenburger Landbundes, Herr D. Brüntjen-Ohrwege leitete, wurden eine Reihe Forderungen aufgestellt, die bezüglich der kommenden Reichstagswahlen an die politischen Parteien gerichtet werden sollen:

1. Gleichberechtigung des Landvolkes mit der städtischen Bevölkerung auf allen Gebieten, besonders für das Schul-, Post-, Verkehrswesen, die Selbstverwaltung; 2. weitestgehende Fürsorge der Landwirtschaft durch die Reichsgesetzgebung (Schaffung eines Reichsministeriums für Landwirtschaft, Verwendung öffentlicher Mittel zur Förderung der Landwirtschaft, Anerkennung des Rechtes der Landleute auf sinngemäß gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen durch dementsprechende Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie in allen anderen Gewerben; 3. planmäßiger, beschleunigter Abbau der Zwangswirtschaft; 4. Anerkennung des Landbundes als Arbeitsgemeinschaft und Gewerkschaft aller Kreise des Landvolkes; 5. Aufstellung von Landwirten als Kandidaten auf den Wahllisten an solcher Stelle, die eine nachdrückliche Vertretung des gesamten Wirtschaftslebens auf dem Lande in den Parlamenten gewährleistet; 6. von den Parteien ist ihren Mitgliedern in wirtschaftlichen Fragen Freiheit der Abstimmung zu gewähren; 7. als Kandidaten für die Reichstagswahl werden in Vorschlag gebracht: Landwirt Dannemann-Tungeln von der deutschen Volkspartei, Kolonist Baumüller-Streekermoor und Landarbeiter Gloystein-Elsfleth von der sozialdemokratischen Partei. Die übrigen Parteien machten noch keine Vorschläge. Als Vertrauensmänner wurden gewählt: Stationsvorsteher Heitzhausen-Neuenkoop, Kolonist Birkel-Wildenlohsmoor, Gartenbauer Kraack-Rastede, Landwirt Brüntjen-Ohrwege (Dem.), Landwirt Wichmann-Hiddigwarden, Rechnungsrat Boyken-Zwischenahn, Landwirt Büsselmann-Hunlosen, Prof. Dr. v. Wenckstern (D. V.), Oekonomierat Müller-Altenhof, Landwirt H. Martens-Hookenberg, Landwirt H. Breithaupt-Gut Holzkamp und Landwirt G. Köster-Ofen (D. Nat. V.), Landwirt Kaper-Burmeide (Zutj.). Kolonist Schmidt-Wildenlohsmoor, Landarbeiter Gloystein-Elsfleth.

Nördlicher Pferdezüchter-Verband.

—(g) **Oldenburg,** den 22. November 1919.

Der Verband der Züchter des Oldenburger eleganten schweren Kutschpferdes hielt hier heute in Deus Bahnhofs-Hotel seine ordentliche Ausschuß-Sitzung unter Vorsitz des Oekonomierats Wilken-Borgstede ab. — Den ausgeschiedenen verdienstvollen Vorstandsmitgliedern bezw. Mitgliedern der Körungskommission Lohe und Hinrichs hat der Vorstand auftragsgemäß eine Dankadresse übersandt. Die Jahresrechnung für 1918 wurde genehmigt. — Es wurde mitgeteilt, daß der Vorstand beim Reichskommissar hier für Ein- und Ausfuhr die Ausfuhr-Erlaubnis nach Holland und Dänemark beantragt habe für Hengste, die gelegentlich der nächstjährigen Hengstkörung für Holland und Dänemark angekauft werden sollen. Eingegangen sei ein Gesuch um die Ausfuhrgenehmigung für 20 erstklassige junge Zuchtstuten. Jede Ausfuhr bedarf der Genehmigung der Körungskommission. Es ist zu bescheinigen, daß die Tiere zur Zucht nicht benutzt werden. — Mit dem Vorgehen des Vorstandes war der Ausschuß einverstanden. — Die Anstellung von Verkaufsvermittlern wurde genehmigt. Von ihnen soll jährlich eine Gebühr von 200 Mk. erhoben werden. Dem Vorstande blieb es überlassen, die Zahl der Verkaufsvermittler zu bestimmen. — Den stark gestiegenen Pferde- und Füllenpreisen entsprechend sollen die Gebühren für die Aufnahmescheine erhöht werden: Für die Eintragung eines Hengstes auf eigenem Folium von 6 auf 50 Mk., für die Eintragung einer Stute von 3 auf 10 Mk., für die Vormerkung eines Füllens von 1 auf 3 Mk., für ein Zertifikat aus dem Stutbuch von 2 auf 5 Mk., für ein Zertifikat aus dem Stutbuch über 3 Gen. von 3 auf 10 Mk., für das Brennen eines eingetragenen Pferdes von 50 Pf. auf 5 Mk., für das Brennen eines vorgemerkten Füllens von 25 Pfg. auf 1 Mk.

Hundertjahrfeier der Hengstkörung. Im Februar 1920 jährt der Tag wieder, an welchem vor hundert Jahren die erste zwangsweise Hengstkörung im Oldenburger Lande stattfand. Dieser Tag soll würdig begangen werden. In einer gemeinsamen Sitzung der Körungskommission mit Vertretern der Vorstände der beiden Züchterverbände, der Landwirtschaftskammer und des Vereins Oldenburger Hengsthalter ist beschlossen worden, die 100. Hengstkörung in entsprechender Weise zu feiern. Die Körung soll am 5. und 6. Februar stattfinden. Am 1. Tage wird Oberstallmeister v. Wenckstern im Lichtspielhause einen Vortrag halten über die Entwickelung der Zucht in 100 Jahren. Der Katalog soll besonders reichhaltig ausgestattet werden. Ferner wird eine Denkschrift auf Kosten des Verbandes herausgegeben. Um den Nachzügen nach Hengstbildern zu Reklamezwecken, zur Stammbaumforschung usw. gerecht zu werden und unsere angekörten Hengste der Nachwelt im Bilde zu erhalten, sollen die angekörten Hengste zukünftig gelegentlich der jeweiligen Hengstkörung photographiert werden. — Mit dem Reichspatentamt sind Verhandlungen geführt worden wegen Schutzes unseres Stutbuchbrandzeichens. Diese haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Dem Verbandsstatut soll eine Zusatzbestimmung eingefügt werden. — Zum Schluß der Sitzung wurde der Voranschlag für 1920 festgestellt. Er schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 64515 Mark bezw. 64080 Mark. An Umlagen kommen 45500 Mark oder 7 Mark für den Anteil zur Erhebung.

Letzte Drahtnachrichten.

—w **Berlin,** 25. Nov. Nachdem nach den gestrigen Meldungen bei dem Rücktransport der ehemals deutschen Truppen aus dem Baltikum durch Angriffe litauischer und lettischer Truppen und Banden eine gewisse Panik entstanden war, scheint es dem Zusammenarbeiten der Ententekommission mit der litauischen Regierung und dem Admiral Hopmann geglückt zu sein, eine Entspannung der Lage herbeizuführen und den Rücktransport zu sichern. Wie aus Schaulen und Kowno übereinstimmend gedrahtet wird, haben sich die Littauer verpflichtet, die Demarkationslinie nicht mehr zu überschreiten. Die Ententekommission ist damit einverstanden, daß bei weiterer Behinderung des Abtransportes von Seiten der lettischen Bevölkerung und der disziplinlosen Truppen der Bahnschutz zwecks Zurückziehung der ehemals reichsdeutschen Truppen deutscherseits übernommen wird.

—w **Berlin,** 24. Nov. Wie die „Deutsch. Allg. Zeitung" bestätigt, ist der Führer der deutschen Delegation in Paris, welcher die Aufgabe hatte, über die Verbandsnote wegen eines Zusatzprotokolles zur Friedensratifikation zu verhandeln, mit den Angehörigen der Delegation nach Berlin zurückgekehrt. Das Kabinett wird in seiner heutigen Sitzung die Berichte über den Gang der Verhandlungen in Paris entgegen nehmen. Ueber den Inhalt dieser Mitteilung ist amtlich zur Stunde noch nichts bekannt.

—w **Berlin,** 25. Novbr. Dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Versailles ist auf sein Schreiben wegen der Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich eine Note Clemenceaus übergeben worden, in der es u. a. heißt: Die französische Regierung hat niemals etwas versprochen als die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Angesichts der planmäßigen Verwüstung aller von den Deutschen besetzten Gebiete Nord-Frankreichs darf sie einer Abweichung vom Vertrage zu Gunsten der deutschen Gefangenen in Frankreich nicht zustimmen.

Landesbibliothek Oldenburg

Die Gefangenen werden augenblicklich gerade dazu verwendet, mit der Wiedergutmachung dieser abscheulichen Taten den Anfang zu machen. Die tiefsten Gefühle des menschlichen Herzens sind zu grausam verletzt worden, als daß eine Vergünstigung wie die von Ihnen erbetene von der französischen öffentlichen Meinung zugestanden werden könnte

Doch damit nicht genug. Deutschland hat durch die Unterzeichnung des Versailler Vertrages die Herausgabe der Deutschen, die in ihrer Amtstätigkeit diese Greuel begangen haben, auf sich genommen und jetzt erklärt sich ihre Regierung, bevor sie noch mit der Frage befaßt wird, außer Stande, das gegebene Versprechen einzulösen, was die schwersten Folgen haben könnte. Wenn unsere Verbündeten schon im Monat September mit der Heimschaffung der Gefangenen begonnen haben, so sei das geschehen, weil die französische Regierung geglaubt hat, dem nicht widersprechen zu wollen

Keiner unserer Verbündeten ist in seinen Gefühlen und Interessen so tief verletzt worden, wie die Bewohner von Nordfrankreich. Wie würden diese es aufnehmen, wenn die zu den ersten dringenden Arbeiten herangezogenen (übrigens materiell und moralisch durchaus gut behandelten) deutschen Gefangenen vor dem im Versailler Vertrage festgesetzten Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages Frankreich verließen. Dies ist um so weniger möglich, als mit der deutschen Regierung noch keine endgültige Verständigung darüber erfolgt ist, unter welchen Bedingungen zivile deutsche Arbeitskräfte zur Verfügung Frankreichs gestellt werden sollen.

Die deutsche Regierung hat planmäßig die Ausführung des Waffenstillstandes verzögert, indem sie sich dem an sie ergehenden Ersuchen entzogen und die bindenden Vorschriften verletzte. Sie muß erinnert werden an die Versenkung der Flotte in Scapa Flow, an die verzögerte Auslieferung der Schiffe, an die hinhaltende, dem Buchstaben wie dem Geiste des Waffenstillstandes widersprechende Politik, die in den baltischen Provinzen, trotz aller Aufforderungen der Verbündeten, betrieben wurde, an die in die Verfassung aufgenommenen (und bis jetzt beibehalten) Artikel und die Propaganda, die in Elsaß-Lothringen und überall mittelst ungeheurer durch die finanzielle Not nicht herabgeminderte Kredite unablässig gegen die Verbündeten betrieben wird.

Wir schulden Deutschland nichts als die genaue Erfüllung der Bestimmungen des Vertrages, den es am Ende des erbarmungslosen Krieges angenommen hat.

Amtliche Bekanntmachungen.

Amt Westerstede.
Westerstede, den 24. Nov. 1919.

Die Müller werden nochmals darauf hingewiesen, daß sie Mahl- oder Schrotkarten, die eine Aenderung der ursprünglichen Eintragung enthalten, zurückweisen müssen, einerlei von wem die Aenderung vorgenommen ist. Bei Uebertretungen müssen die betreffenden Mühlen geschlossen werden.

Münzebrock.

Amt Westerstede.
Westerstede, den 22. Nov. 1919.

Die Ankörung des Ebers des B. Renken in Lindern ist für ungültig erklärt und zurückgenommen.

Münzebrock.

Amt Westerstede.
Westerstede, den 24. Nov. 1919.

Die Schule in Ihausen ist wegen Ausbruchs der Masern im Schulhause auf eine Woche geschlossen Münzebrock

Gasthaus-Verpachtung.

Das **staatliche Gasthaus** mit **Handlung** nebst **6—10 Hektar Ländereien** im **Streeker-Moor** bei Sandkrug, 10 Kilometer von der Stadt Oldenburg entfernt, soll zum **1. Mai 1920** neu verpachtet werden.

Bewerber wollen unter Darlegung ihrer Verhältnisse ihre Anträge bis zum 15. Dezember ds. Js. einreichen.

Oldenburg, 1919, den 20. November.

Verwaltung des Landeskulturfonds.
Glaß.

Gemeindevorstand.
Apen, 22 November 1919.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Sprechstunden des Gemeindevorstehers nur vormittags von 9 bis 12 Uhr sind.

Alle Anträge an den Gemeinderat müssen in Zukunft spätestens 3 Tage vor der Sitzung dem Unterzeichneten eingereicht werden.

Der Gemeindevorsteher. Kalkkuhl.

Allgem. Ortskrankenkasse der Gemeinde Westerstede.

Auf Beachtung des § 12,5 der Satzung (Meldepflicht bei Lohnänderungen) wird besonders hingewiesen. **Der Vorstand.**

Kartoffel-Abnahme

auf Stat. Westerstede am Freitag den 28. ds. Mts., von morgens 8 bis 12 Uhr.

Bitte doch anmelden und abliefern zu wollen.

Schmale.

Zu verkaufen ein schönes

Zuchtschwein.

Hollwegerfeld. **Joh. Becker.**

Zu verkaufen schöne 6 Wochen alte

Ferkel.

Wilh. Fittje, Apen.

Holz-Verkauf.

Hausmann **Hermann Deye** in **Halstrup** läßt

Freitag, 28. Novbr.,
nachm. 1 Uhr,
in seinen zu **Groß-Garnholt** belegenen Büschen öffentlich meistbietend verkaufen

100 Buchen
— auf dem Stamm —
bestes Nutz- u Brennholz,

100 Kiefern u. Fichten
— auf dem Stamm —
teils schwere Stämme, Rammpfähle, Balken, Ricken und zu Brettern geeignet,

75 Eichen
— auf dem Stamm —
Bau-, Wagen- und Schwellenholz,
sowie **einige Haufen**

Brennholz

Versammlung bei der Jagdhütte.

Westerstede.
G. Koch, amtl. Aukt.

Verpachtung.

Hausmann **D. Albers** in **Westerloy** läßt

Mittwoch den 3. Dezbr.,
nachmittags 5 Uhr,
in Buhr's Wirtshause in Westerloy seine daselbst belegene, von Neumeyer angekaufte

Besitzung,

bestehend aus dem fast neuen Wohnhause und ca. 1 Sch. S. Hof- und Gartengründen,
mit sofortigem Antritt oder später, öffentl. meistbietend verpachten.

Bauland kann nach Belieben beigegeben werden.

G. Koch, amtl Aukt.,
Westerstede.

Über Forderungen

an den Nachlaß der Frau **Witwe Gerh. Siefjediers** in **Fikensolt** erbitte ich im Auftrage genaue Rechnungen bis zum 1. Dezember an mich; Schuldner bitte in gleicher Frist Zahlung zu leisten.

Westerstede.
G. Koch, Aukt.

Zu verkaufen 1 fünfjährig. oder einen jüngeren

Zugochsen

nach Wahl, sehr fromm im Geschirr. **J. Lohmüller,** **Dänikhorst** a. d. Straße.

Habe eine

Kuh

zu verkaufen, kann im April kalben. **W. Störmer,** **Ihausen.**

Lebensmittel,
Wild, Geflügel jeder Art kauft ständig u. erbitt. Angeb.
Emil Tennert,
Oberschöneweide,
Scharnweberstr. 19.

Zu verkaufen 6 Stück 7 Wochen alte

Ferkel.

Ocholt. Dietr. Wemken.

Ernst gemeint!

Junger Mann, 27 Jahre alt, ev., wünscht, da es an Damenbekanntschaft fehlt, die Bekanntschaft einer jungen Dame oder j. Witwe, zwecks späterer Heirat. Etwas Vermögen angenehm, aber nicht erforderlich. Landwirtschaft oder Wirtschaft bevorzugt Streng reell. Verschwiegenheit wird zugesichert. Offert möglichst mit Bild u. Z. 10706 an die Exped. d. Bl. erbeten.

Gesucht zum 1. Mai 1920 ein zuverlässiges

Mädchen.

Dr. Thye, Hude.
Auskunft erteilt Hintzen-Westerstede.

Habe einen fast neuen **Sparherd** zu verkaufen.

J. Störmer, Ihorst.

Kaninchen

und **Wild** kauft zu höchsten Tagespreisen. Abnahme jeden Wochentag.

J. H. Lamken, Apen

Feuerklicken

empfiehlt
Ike Baumann.

Zahle für

Hasen - Felle
3 bis 5 Mk.,

Kaninchen-
felle 1 bis 2 Mk.

Karl Hotes

Westerstede, 24. 11. 1919.
Kaufe auf sofort

400 bis 500

Gänse

nach Lebendgewicht. Zahle gute Preise. Bitte um Angebote. Abnahme Montag den 1. Dezember.

Georg Voigt,
im früher Brunke Oeltjendiers'schen Wohnhause an der Kuhlenstraße.

Kauf-Gesuch!

Dampf-Lokomobilen,
Benzol-Lokomobilen,
Rohöl-Motore,
Benzol-Motore,
Elektro-Motore,
Holzbearbeitungsmasch.
usw. Angebote mit Preis an
Kellner & Ohrmann,
Bremen.

Verzinnte

Fleischhackmaschinen

sind wieder auf Lager.

J. Bücking.

Tanz-Unterricht
in
Westerstede

im **Bahnhofshotel** (Oetken)
Eröffne am **Mittwoch d. 3. Dezember** einen

Tanz-Kursus

für **Erwachsene.**
— Anfang abends 8 Uhr. —
Anmeldungen bitte im Bahnhofshotel.

Hochachtungsvoll
F. Grotkop, Tanzlehrer

Haferflocken u. Hafergrütze
wieder vorrätig.

Hazekamp,
Ihausen.

Gänse

geschlachtet und gerupft, kauft zu höchsten Preisen.

Fritz Schneider.

Gänse, Hühner, Enten

kauft zu höchsten Preisen.
Montags von 8 bis 12 Uhr Abnahme.
D. Oeltjen, Zwischenahn.

Für
Hasen- u. Kaninchenfelle, Iltis, Marder, Füchse zahle hohe Preise.

Julius Hoffmann.

Rosenwildlinge

kauft zu hohen Preisen
Joh. Bruns, Zwischenahn

Kaufe ständig

Hasen, Kaninchen und Rebhühner.

Abnahme jeden Tag.
Georg Voigt,
Westerstede.

Kaufe

Ziegen

sowie beste

Milchziegen u. Kaninchen

bei sofortiger Abnahme, zahle erhöhte Preise und bitte um Angebote.

H. Schröder.

Samen! Ernte 1919

Wurzeln, gelbe u. rote, von 4,50 Mk. pro Pfund an. Preislisten für Verbraucher und für Wiederverkäufer auf Wunsch kostenlos, ebenfalls Bedingungen für den Kommissionsverkauf meiner Sämereien zur Einrichtung von Verkaufsstellen.
Heinr. Gewiehs, Samenhandl., **Rotenburg i. Han.**

Bis zum 1. Dezember

Hafergrütze und Haferflocken

ohne Marken,
in bester Qualität.

J. H. Stubben Nchf.
Halsbek.

Apen.

Für

Häute u. Felle

aller Art zahle ich höchste Preise

J. H. Hinrichs.

Machen Sie einen Versuch mit meinem
Kentucki Kautabak
(Friedensware) und Sie bleiben mein ständiger Kunde.
Probesendung Mk. 5. Nachn.
E. Bareiter, Frankfurt a. M., Bergerstraße 294.

Bettnässen

Befreiung garantiert sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft gratis. Versandhaus Wohlfahrt, München 900 Hiltensbergerstr. 6.

Die immer noch säumigen Schuldner bitte ich ihre Rechnung bis spätestens 1. Dezember zu bezahlen.

Westerholt
(Dornum-Ostfr.), 22. 11. 19.
Dr. Mammen.

Den geehrten Einwohnern von

Lange und Umgeg.

zur Kenntnis, daß ich von jetzt an mein

Böttcherei-Geschäft

— — eröffnet habe. — —
Hinrikus Frerichs.

Stempel aller Art besorgt schnell
Hermann Wehlau
Buch- u. Papierhdlg.
Westerstede i. O.

Gänse und Kaninchen

kauft
H. Lüerßen, Lindern.

Einschlag und Anfuhr zur Bahn eines

Brennholz-Bestandes

zu vergeben.
Nähe Gut Garnholz.
Gebr. Meyer,
Dampfsäge- und Hobelwerk
Oldenburg i. O.

Erhielt eine größere Sendung besonders gute

Kaffeemühlen

welche billigst empfehle
J. Bücking.

Pfeffer

alle Sorten wieder vorrätig.
Heinr. Deeken.

Alle, die noch

Gänse

für guten Preis liefern wollen, bitte um sofortige Angebote.

H. Schröder.

Zink- und Emaille-Eimer

empfiehlt in schwerer Qualität
J. D. Stubben Nachf.
Halsbek.

Beste

Fahrrad-Gummis

aus Naturgummi
— mit **Leineneinlagen** —
zu billigen Preisen.

J. Bücking.

Dentist
Otto Botz
Oldenburg i O.
Theaterwall 24.
Fernspr. 467.

Braunen

Manchester

für Hosen und Anzüge in besonders schöner Qualität empfiehlt

J. N. Meyer.

Kalkmergel

bester Misburger sofort ab Lager lieferbar.
Oldenburg-Ostfriesische Kohlen- u. Brikett-Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Oldenburg, Handelshof.
Fernspr. 53, 54 u. 154.

Kartoffelsortierer „Diadem“

sind wieder vorrätig.
Ike Baumann.

Es trafen ein

Holzschuhe

mit echten Lederkissen, ferner

Leder-Pantoffeln

mit Holzsohlen
in prima Qualität.
J. D. Stubben Nachf.
Halsbek.

Eine große Sendung in

Porzellan,

Glas und **Nippes** eingetroffen. Preise äußerst niedrig.
J. D. Stubben Nachf.,
Halsbek.

Kaufe jedes Quantum:

Hasen,
Rebhühner,
Rehe,
Wildenten,
Wildgänse,
Wildtauben
und zahle die höchsten Preise.

Ike Baumann.

Kaufe alle Sorten

Häute u. Felle

zu hohen Preisen.
Julius Hoffmann.

Eine Ladung

Ia. Patentsalz

eingetroffen.
Ike Baumann.

Landw. Konsumverein Nordloh-Tange.

—:—

Versammlung

am **Sonntag d. 30. Nov.,** nachm. 2 Uhr, in Carstens Wirtshaus in Nordloh.

Zweck: Besprechung über die neue Eisenbahnverordnung, Bankverbindung u. Sonstiges.

Erscheinen sämtlicher Mitglieder sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Landesbibliothek Oldenburg

Suche 4- bis 7jährige gute kräftige

Arbeitspferde

zu sehr hohen Preisen zu kaufen.
Abnahme kann sofort erfolgen. Um Nachricht bittet

Siegfried Meyer

Reizende Neuheiten
in

Schürzen aller Art

für Kinder u. Erwachsene empfiehlt

J. N. Meyer.

Kaufe dauernd gutes

Winterobst

Joh. Bruns, Zwischenahn

Warnung!

Achtung! Achtung!

Hiermit zur allgemeinen Kenntnis, daß ich in meinem Garten, sowie bei meinem Hause Fußangeln und Selbstgeschosse (Minen) für das lichtscheue Diebesgesindel gelegt habe.

Nordloh, den 23.11.1919.

J. H. Deeps, Schneidermstr.

Besondere

Weihnachts-Bücher

müssen **jetzt** bestellt werden.

H. Wehlau,
Buch- und Papierhandlung,
Ecke Post- u. Peterstr.

Bezugs - Genoss. Westerloy.

Bestellungen auf

Kainit, – Kalkmergel, Stückenkalk und schwefels. Ammoniak

für die Frühjahrsbestellung nimmt der Geschäftsführer bis zum 5. n. Mts. entgegen.

Ebenfalls empfehlen wir die sofortige Bestellung von

Saathafer.

Ab Lager ist noch

Saatgerste

gegen Saatkarte abzugeben.

Der Vorstand.

Molkerei genossenschaft

Edewecht,

e. G. m. u. H.

Folgende

Milchfuhren

sind noch zu vergeben auf ein Jahr vom 1. Dez. d. J. bis 30 Nov. n. Js.:

1. Westerscheps-Godensholt,
2. Osterscheps,
3. Westerscheps-Süd-Edew.
4. Jeddeloh 2.

Vom 1. Dezember d. J. bis 31. März n. J. wird ein um den andern Tag gefahren Ab 1. April n. Js. bis 30. Nov. n. J. jeden Tag.

Annehmelustige wollen sich sofort, spätestens bis zum 28. ds. Mts. in der Molkerei melden. **Der Vorstand.**

Hasen, Rebhühner,

usw.
kauft stets jedes Quantum zu höchsten Preisen.

Fritz Schneider.

Viehbügel und Seitenketten

trafen ein bei

Ike Baumann.

Gute Streichhölzer

wieder vorrätig.

J. D. Stubben Nachf. Halsbek.

Gesangverein Frohsinn Halstrup.

Freitag den 28. d. Mts., abends 8 Uhr, beginnt das regelm. **Singen.** Allseitiges pünktliches Erscheinen erwünscht. Aufnahme neuer Mitglieder.

Der Vorstand.

Gesang-Verein

„Frisch auf", Halsbek.

Am Freitag den 12. Dezbr.

Sänger - Ball,

Anfang 7 Uhr.
Hierzu laden freundl. ein

der Vorstand.
W. Grünjes.

Turnverein Ekern.

Am Mittwoch den 3. Dezbr., abends 7 Uhr anf.,
turner. Vorführungen der Schülerabteilungen,
nachher

Ball

Ringkämpfe der Herren-Abtlg. und sonstige Vorführungen.

Es ladet freundlichst ein

G. J. Krüger.
Turnverein Ekern.

Die Stierhalter der Gemeinde Zwischenahn haben das

Deckgeld auf 15 Mark

festgesetzt.

Achtung! — — Achtung!

Empfehle mein Lager in

Regulatoren, Wanduhren, Schweizer Herrenuhren, silbern. Damenuhren,

sämtliche Uhren drei Jahre Garantie,

Weckuhren

1 Jahr Garantie, keine Kriegsware,

silb. Ziehармbänder f. Damenuhren, silbernen Halsketten und Kolliers, Doublee- u. Nickel-Herrenuhrketten.

Bernhard Meiners-Hagen,

Uhrenhandlung,
Barssel i. Oldbg.

Für den Weihnachts-Bedarf
trafen

Spielwaren aller Art

ein bei

G. Riesebieter.

Die Sägelöhne

betragen je nach Auftrag **8—10 Mark** pro Stunde.

Müller-Zwangsinnung Westerstede.

Radfahrerverein Frisch auf Zwischenahn u. Umgeg.

Mittwoch den 3. Dezember:

Groß. Konzert

und

BALL

Anfang 6 Uhr.
Es laden freundlichst ein

H. Kapels. **der Vorstand.**

— Jeddeloh 1. —

Im Saale des Herrn Kreye:

Genzels Kunst- u. Figurentheater.

Freitag den 28. November 1919:

— König Eduard III. —

Lustspiel in 4 Akten.
:: Anfang 8 Uhr. ::
Preise der Plätze: 1. Platz 2.00 Mk., 2. Platz 1,50 Mk.
Es laden freundl. ein **Kreye. H. Genzel.**

Augustfehn.

Eröffnungs-Ball

im **„Augustfehner Hof"** am **Sonntag den 30. November** (nicht am 23. November).
— Anfang 4 Uhr. —

Für Ia. Speisen und Getränke
:: :: ist Sorge getragen. :: ::

Saal renoviert.

Es soll mein Bestreben sein, meine werten Gäste in allem zufrieden zu stellen.

— Prompte Bedienung. —

Es ladet freundlichst ein **A. Brüggemann.**

Zwischenahner Lichtspiele.

Spielplan
von Mittwoch-Donnerstag d. 26.-27. November.

Und als die Rosen wieder blühten.
Drama in 4 Akten mit **Hansi Bürg** in der Hauptrolle.

Prinzessin Ilse.
Lustspiel in 2 Akten.

Pension Meyer.
Entzückendes Lustspiel in 2 Akten.

Kassenöffn. 7½, Anfang 8 Uhr.

Krieger-Verein Edewecht.

Sonntag den 30. Novbr., abends 7 Uhr,

Ball

Eintritt: für Mitglieder und deren Frauen frei, für Nichtmitglieder 4 Mk. und Damen 2 Mark.

Es ladet ein

der Vorstand.

Klein-Scharrel.

Sonntag den 14. Dezbr. (nicht am 30. Nov.)

BALL,

wozu freundlichst einladet

Fr. Hempen.

Für die uns erwiesenen Aufmerksamkeiten zur silbernen Hochzeit sagen wir herzlichen Dank.

Peter Rosenboom u. Frau
Augustfehn.

Ihre Verlobung beehren sich anzuzeigen:

Anna Janitz
geb. Bartels
Heinrich Decker

Garnholterdamm
bei Westerstede,
Burhaversiel,
z. Zeit Brake,
November 1919.

Südedewecht, 19. Novbr.

Zu unserer Freunde wurde uns heute ein gesunder

Junge

geboren.

Jan ten Hoff u. Frau
geb. Hemmen.

Südedewecht,
22. November.

Heute abend starb nach kurzer, heftiger Krankheit unsere liebe Tochter

Hilda Johanne

im Alter von 1 Jahr 2 Monaten.

In tiefem Schmerze

Jan ten Hoff u. Frau
geb. Hemmen.

Die Beerdigung findet statt am Freitag den 28. d. Mts., um 1 Uhr, vom Trauerhause aus.

Nach gesetzlichen Bestimmungen sind für

Einlösung von Zins- und Dividendenscheinen

vom 1. Dezbr. ab besondere Vorschriften zu beachten.

Besitzer von Kriegsanleihe und anderen Wertpapieren wenden sich vertrauensvoll an

J. W. Leonhards, Augustfehn.

Agentur der Oldenb. Spar- und Leihbank.

Loden-Joppen

Starke gefütterte Qualitäten.

Unter-Hosen	Normal-Hemden
Unter-Jacken	Parchent-Hemden
Herren-Sweter	Jumper-Kittel

Nur beste Ware.

M. SCHULMANN,
38 Achternstr. **Oldenburg.** Achternstr. 38

Gemeindebund Apen.

Versammlung

am **Donnerstag den 27. Novbr.,** nachm. 4 Uhr, in Dirks Gasthof.

Tagesordnung:

1. Wahl von 3 Arbeitgebern, 3 Arbeitnehmern der Landarbeiter und 2 Beiräten zum örtlichen Einigungsausschuß.
2. Neuwahl des Vorstandes.

Zu der wichtigen Versammlung werden Arbeitgeber und Arbeitnehmer freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Sicherheitswehr Edewecht.

Es wird beabsichtigt, innerhalb der Wehr **Stoßtrupps** zu gründen. Zu diesem Zweck finden am

Sonntag den 30. Nov., nachm. 4 Uhr,

Versammlungen statt und zwar für

Edewecht in Mügge's Gasthof,
Jeddeloh I und **II, Scharrel** und **Kleefeld** in Wittes Gasthof,
Oster- und **Westerscheps** in Fr. Harms Gasthof.

Die Uebungen sollen auf Grund kameradschaftlicher Ordnung auf militärische Weise abgehalten werden.

Der Obmann.

Todes-Anzeige!

Statt besonderer Ansage!

Es hat Gott dem Allmächtigen gefallen, heute unsere liebe gute Schwester, Schwägerin und Tante,

Charlotte Amalie Gerdes

geb. Tebje

im vollendeten 74. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Namens der Nahestehenden geben dies bekannt

die Angehörigen.

Nordloh, den 23. Nov. 1919.

Die Ueberführung der Leiche zum hiesigen Friedhof findet statt am Sonnabend den 29. November, nachmittags 2½ Uhr.

Landesbibliothek Oldenburg

Der Ammerländer

(Fernsprecher Nr. 5.)
erscheint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,50 Mark, zum Abholen von der Post 3,60 Mark. Alle Postanstalten und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Anzeigengebühr für die einspaltige Kleinzeile (oder deren Raum) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats wohnende 35 Pfg. Reklamen kosten 1 Mark die Zeile.
Anzeigen-Annahme bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktage; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Anrecht auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mitwirkung eingezogen werden müssen. — Platzvorschriften bei Aufgabe der Anzeigen werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 277. **Westerstede,** Donnerstag den 27. November 1919. 59. Jahrgang

Neue Hindernisse.

Die Franzosen stellen sich baß erstaunt darüber, daß die deutschen Unterhändler, die nach Paris gekommen sind, um dort mit ihnen über die letzte Clemenceau-Note zu verhandeln, nicht einfach alles glatt unterschreiben, was ihnen vorgelegt wird. Der Führer unserer Kommission, Ministerialdirektor v. Simson, hat es vielmehr für nötig befunden, mit mehreren technischen Beratern nach Berlin zurückzukehren und hier zunächst einmal über das Ergebnis seiner Pariser Bemühungen mündlich Bericht zu erstatten. Die Franzosen sprechen von plötzlichen und unvorhergesehenen Entschließungen, stellen fest, daß der Abreise des deutschen Bevollmächtigten eine Besprechung mit den französischen Delegierten unmittelbar vorhergegangen sei, und geben sich den Anschein, ungemein zu bedauern, daß infolge dieses unerwarteten Zwischenfalls der vom Obersten Rat für den 1. Dezember in Aussicht genommene Austausch der Ratifikationen bis zu diesem Tage nahezu unmöglich geworden sei. Also abermals eine Verzögerung in der Verkündigung des Friedenszustandes — durch Deutschlands Schuld, selbstverständlich.

Aber worum handelt es sich für uns? Können wir es verantworten, aus diesem Anlaß dem endlichen Abschluß der Vorfriedensverhandlungen neue Hindernisse in den Weg zu legen? Herr Clemenceau empfand, wie man weiß, als die in Versailles vereinbarten drei Ratifikationen glücklich nach zehn oder elf Monaten beisammen waren, das Bedürfnis, die Unterzeichnung des nunmehr vorgesehenen „ersten" Protokolls von der gleichzeitigen Ausfertigung eines „zweiten" Protokolls abhängig zu machen. In diesem sollten einmal unsere bis jetzt noch unerfüllt gebliebenen Waffenstillstandsverpflichtungen ausdrücklich als noch zu Recht bestehend anerkannt werden — darunter beispielshalber 42 Lokomotiven, die von den Herren Franzosen noch vermißt werden, einige Dampfpflüge und sonstige landwirtschaftliche Maschinen und was dergleichen Scherze mehr sind. Dann aber sollten uns auch Strafen auferlegt werden für angebliche Verletzungen des Waffenstillstandes. An erster Stelle steht hier die Versenkung unserer Kriegsflotte in Scapa Flow. Um sie zu ahnden, sollen nicht nur Admiral v. Reuter und seine Offiziere in der Gefangenschaft zurückbehalten werden, wir sollen auch noch 400 000 Tonnen Schiffsraum der Entente daran geben, diesmal in Gestalt unserer Schwimmdocks, Bagger und sonstiger Hafeneinrichtungen. Was das für Deutschland zu bedeuten hätte, ist in der Zwischenzeit von allen Sachverständigen deutlich genug gesagt worden: unsere Flußmündungen würden versanden, wir würden nicht nur keine Schiffe mehr in der Heimat bauen können, wir würden, was uns an Fluß- oder Seefahrzeugen überhaupt noch bleibt, nicht einmal auf unseren Werften mehr instand setzen lassen können, kurz, wir wären für immer und ewig, was den Wasserverkehr betrifft, zu einer Hilflosigkeit verurteilt, die geradezu herzbrechend genannt werden müßte. Gerade deswegen aber wollen unsere Feinde uns in sie hineinstoßen. Ob dabei England oder Frankreich die eigentlich treibende Kraft ist, darüber brauchen wir uns wirklich nicht aufzuregen; im Erfolg kommt es für uns auf dasselbe hinaus — in dem Entschluß, uns möglichst für alle Zeiten und auf allen Gebieten staatlicher und wirtschaftlicher Betätigung zu einem wesentlichen Nichts zu zerschmettern, sind beide Westmächte noch heute so einig, wie sie es während des ganzen Krieges gewesen waren. Und wir haben uns — wieder einmal — lediglich zu fragen: wollen wir unter alle diese ebenso schmachvollen wie vernichtenden Zumutungen noch unsere Unterschrift hergeben, oder gibt es für uns nicht eine Grenze, bis zu der wir gehen können mit dem festen, von der Zustimmung des ganzen Volkes getragenen Entschluß, sie auch nicht mehr um Haaresbreite zu überschreiten?

Das Reichskabinett hat auf die empörende Clemenceau-Note nicht schriftlich geantwortet, sondern vorgezogen, sofort in mündliche Verhandlungen einzutreten; vielleicht daß sich dabei eine Atmosphäre schaffen ließ, in der eher zu einer Verständigung zu gelangen war. Diese Hoffnung scheint, wie schon so viele vor ihr, getrogen zu haben. Denn Herr v. Simson kommt nach Berlin, um die Zustimmung der Reichs-regierung und der Nationalversammlung zu den neuen Zumutungen mit der Entente einzuholen; was besagen will, daß er in Paris keine nennenswerte Milderungen der uns zugedachten „Buße" zu erreichen vermocht hat. Inzwischen hat aber schon die demokratische Fraktion der Nationalversammlung einstimmig beschlossen, der Regierung die Annahme der neuen Friedensbedingungen zu empfehlen. Wie die anderen Mehrheitsparteien, Zentrum und Sozialdemokratie, sich entschließen werden, steht noch dahin; zur Not reicht ihre Stimmenzahl aus, um der Regierung, wenn diese es verlangt, die nötigen Vollmachten zu erteilen. Dann könnte sich das Spiel von Weimar wiederholen — die Demokraten würden abermals aus der Mehrheit ausscheiden, was allerdings keinen erbaulichen Eindruck machen würde: Genug, wir stehen wieder einmal vor einem kritischen Punkt in unserer innerpolitischen Geschichte, und zugleich verdüstert sich unsere auswärtige Lage von neuem, kaum daß man hoffen konnte, der Eintritt des Friedenszustandes würde uns endlich den Beginn einer Entspannung bringen.

Verwickelungen in der Friedensfrage.

Zur Abreise der deutschen Delegation aus Paris.

Die Pariser Presse bespricht die Abreise des deutschen Ministerialdirektors v. Simson mit großer Erregung. Der „Temps" nennt die Abreise einen Theatercoup, über den er Aufklärung verlangt. Dränge Deutschland doch seit fünf Monaten darauf, daß der Vertrag von Versailles in Kraft gesetzt werde. „Temps" glaubt, daß die deutschen Bevollmächtigten den Eindruck hätten erwecken wollen, daß sie über die Bedingungen erstaunt seien, die man ihnen in Paris gestellt habe; sie seien ihnen aber seit drei Wochen bekannt gewesen. Die Gefangenenfrage sei an die Inkraftsetzung des Friedensvertrages gebunden. Für ein Votum der Nationalversammlung sei kein Platz, da ja ein vorher abgeschlossenes Abkommen nicht vorliege. „Temps" fragt sich deshalb, ob nicht in der deutschen Regierung oder in ihrer Umgebung Männer seien, die den Frieden unter dem Vorwand in Frage stellen wollten, daß der amerikanische Senat den Versailler Vertrag nicht ratifiziere, und ob nicht hinter der deutschen Regierung militärische und reaktionäre Einflüsse wirkten, die die Inkraftsetzung des Vertrages um jeden Preis verhindern wollen, um die Entwaffnung Deutschlands und die Befestigung der demokratischen Regierungsform zu verhindern. Die deutsche Regierung habe das Wort.

Laut „Presse de Paris" bilde die Abreise Simsons und seiner Mission vorwiegend den Gesprächsstoff. Die Gründe, die der deutsche Diplomat angebe, seien nicht überzeugend; wenn er sage, man müsse die deutsche Nationalversammlung über das Protokoll befragen, so mache er sich lustig, denn der Inhalt des Protokolls sei seit Beginn dieses Monats bekannt. Es könne sich also nur um ein Manöver handeln. Deutschland wolle das Zögern des amerikanischen Senats ausbeuten, aber dieses Manöver werde der Fünferrat durchkreuzen. Übrigens müsse man wiederholen, daß die Regierung von Berlin am meisten daran interessiert sei, das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages von Versailles sicherzustellen.

Deutsche Nationalversammlung.

(117. Sitzung.) *CB.* Berlin, 24. November.

Auf der Tagesordnung stand heute an erster Stelle die Interpellation der Abg. Arnstadt (Deutschnat. Vp.) und Heinze (Deutsche Vp.) über die bedrohliche Gestaltung der Ernährungsfrage infolge der schlechten Witterungsverhältnisse. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß der Reichswirtschaftsminister die Interpellation wahrscheinlich am nächsten Sonnabend beantworten werde. Alsdann ging das Haus zur

Weiterberatung der Reichsabgabeordnung

über. Die zurückgestellten Abstimmungen konnten ein zweites noch nicht vorgenommen werden, weil — ein sehr bezeichnender Grund — das Haus zu schwach besetzt war. Der Präsident bemerkte, daß er in Zukunft darauf keine Rücksicht mehr nehmen werde. Man fing heute bei dem dritten Abschnitt an, der die Finanzämter behandelt. Danach bestimmt der Reichsfinanzminister den Sitz, den Bezirk und Geschäftsumfang der Finanzämter.

Es werden alsdann eine lange Reihe von Paragraphen angenommen. Auch die bisher zurückgestellten Paragraphen werden von der Mehrheit gutgeheißen. Die Auseinandersetzungen darüber sind kurz; eine Abstimmung folgt der andern, die Gesetzgebungsmaschine arbeitet unverdrossen. Zu den heute angenommenen Bestimmungen gehört auch der vielbesprochene Paragraph 189a, der von der Anzeigepflicht der Banken handelt.

Die Katastrophe im Baltikum.

Massenmord deutscher Flüchtlinge.

Über die Lage im Baltikum wird von zuständiger Berliner Seite folgendes mitgeteilt:

„Die Reste der deutschen Legionen, verschiedene Freikorps, darunter das von Brandes, haben sich südlich von Mitau gesammelt. Der rechte Flügel steht bei Kruki in Verteidigung gegen Angriffe aus Nordosten und überholende Angriffe aus Südosten. Der linke Flügel hält die Bahn Mitau—Schaulen. Hier sind fünf aus Mitau kommende Flüchtlingszüge mit vorwiegend deutschstämmigen Flüchtlingen von Litauern zusammengeschossen worden; bisher sind 50 Tote und 150 Verwundete gemeldet. Es wird versucht, die Bahnstrecke offen zu halten, damit wenigstens der Abmarsch der übrigen Flüchtlinge vor sich gehen kann. Die Eiserne Division geht anscheinend ziemlich geordnet aus dem Raume von Mitau in die Gegend Morajewo längs der Bahnstrecke Mitau—Morajewo zurück. Das Stabsquartier befindet sich in Alt-Autz. Die aufgelösten Reste des linken Flügels, meist aus Russen bestehend, sollen sich im Raume Morajewo—Popelinsy sammeln. Nach Abmarsch der Truppe Wiehwe — die bei Libau stand — ist die linke Flanke gegen die von Libau vorrückenden Letten offen; sie wird durch schwächere Abteilungen östlich Prekulen gesichert. Die Litauer setzen ihre Angriffe gegen die Bahn Mitau—Schaulen fort. Riczwilischki ist von ihnen besetzt. Sie sind weiterhin bis Szylany vorgedrungen. Um Schaulen und im rückwärtigen Gebiet werden starke litauische Banden gemeldet. Das Generalkommando des 6. Reservekorps befindet sich in Schaulen. Die von Schaulen ausgehenden Bahnen sind bis Szylany, halbwegs Meschkuze und Omole, in deutscher Hand. Admiral Hopmann wird mit der Ententekommission ebenfalls in Schaulen erwartet. Im ganzen ist die Lage außerordentlich ernst, an einigen Stellen verzweifelt."

Russisches Friedensangebot.

Lenins Wünsche.

Die bolschewistische „Prawda" kündigt an, daß eine neue Regierung gebildet werden soll, in der auch die Menschewiki durch Martoff und Dan vertreten sein würden. Es liege ein Friedensvorschlag an Kolltschak und Denikin vor.

Einem Vertreter des englischen „Daily Herald" teilte Lenin dazu weiter mit: „Wir haben unsere Friedenswünsche, die wir zusammen mit Bullitt festlegten, niemals geändert. Außerdem haben wir, ehe Bullitt nach Rußland kam, wiederholt amtliche Friedensvorschläge an die Entente gerichtet. Wir sind bereit, die unbedingte Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Länder zu verbürgen. Die Sowjetregierung ist bereit, den Beweis zu erbringen, daß sie die Mehrheit des russischen Volkes vertritt." Diesen Beweis könnten natürlich allgemeine, unbeeinflußte Wahlen zeitigen, dazu scheint Lenin aber noch keineswegs bereit zu sein.

Das finanzielle Elend der Einzelstaaten.

Protest des sächsischen Finanzministers.

In einer in Leipzig abgehaltenen Versammlung der Demokratischen Partei sprach der sächsische Finanzminister Nitzschke eingehend über Finanz- und Wirtschaftsfragen und bemerkte u. a. zu den Steuerplänen der Reichsregierung:

„Wenn es dem Reichsfinanzministerium wirklich gelingen sollte, die Steuerfassade des Reichs notdürftig herzustellen, dann würde hierdurch ein ganz falscher Eindruck nach außen erweckt, weil das grenzenlose finanzielle Elend der Einzelstaaten und Gemeinden von unsern Gegnern nicht gesehen werde, sondern nur die Finanzlage des Reichs als Maßstab für unsere Leistungsfähigkeit in Frage komme. Bei allem Verständnis für die finanzielle Lage des Reichs müsse verlangt werden, daß andere Mittel und Wege ins Auge gefaßt würden. Er habe die Absicht, für den Freistaat Sachsen eine aktive Finanzpolitik zu treiben. Es sei daher nicht möglich, einen Plan aufzustellen, solange das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich nicht festgelegt sei. Er sei beauftragt worden, nach Berlin zu reisen, um die wichtigsten Finanzgesetze im Reichsrat zu verabschieden. Er habe aber die Entwürfe noch nicht zu sehen bekommen und es deshalb abgelehnt, sich damit zu beschäftigen. Er könne nicht nach Berlin gehen, nur um Ja und Amen zu sagen und hoffe, daß sich auch die übrigen Mitglieder des Reichsrats auf diesen Standpunkt stellen werden."

Paris. Der Oberste Rat hat beschlossen, daß die Besetzung Oberschlesiens durch die Ententetruppen Mitte Dezember und der west- und ostpreußischen Abstimmungsbezirke am 20. Dezember erfolgen soll.

Budapest. Hier begann der Prozeß gegen die Kommunistenführer. Zunächst sitzen 37 Kommunisten auf der Anklagebank, denen nicht weniger als 237 Morde vorgeworfen werden. Bela Khun soll in contumaciam verurteilt werden.

Verschärfung der Blockade Rußlands.

Paris. Die Entente hat an Deutschland und die neutralen Staaten eine Note gerichtet, die eine weitere Verschärfung der Blockade Sowjetrußlands fordert.

Friedensvertrag und Wahlmanöver.

Washington. Senator Lodge soll erklärt haben, republikanische Senatoren wünschten dem amerikanischen Volk die vom Senat zurückgewiesenen Vorbehalten zu unterbreiten. Man schließe daraus, daß sie im nächsten Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen sich unter der Parole des Friedensvertrages vollziehen würden. Senator Hitchcock bezeichne die Absichten Lodges als Wahlmanöver und erkläre, der Patriotismus verlange ein Kompromiß.

Deutsche Spar-Prämienanleihe 1919

Hauptgewinne jährlich 10 mal 1.000.000 Mark

Erste Gewinnziehung im März 1920

Landesbibliothek Oldenburg